

Stephan Eisenhut

Von der Wiedervereinigung Deutschlands zur neuen Spaltung Europas

Gedanken zu Willy Wimmers Buch ›Die Akte Moskau‹

Als sich im Jahre 1989 die Möglichkeit ergab, die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu erreichen, war für viele deutsche Politiker damit auch die moralische Aufgabe verbunden, ein neues, friedvolles Verhältnis zu den Staaten des ehemaligen Ostblocks einschließlich der Sowjetunion herzustellen. Die Gestaltung des »gemeinsamen Hauses Europa«, von dem Michail Gorbatschow damals sprach, wurde ihnen zum Herzensanliegen. Dabei war man sich bewusst, dass die Sowjetunion auf keinen Fall als Verlierer des Kalten Krieges behandelt werden durfte, sondern dass die Neuordnung der europäischen Verhältnisse für dieses Land, das im Zweiten Weltkrieg so viel Leid durch Deutschland erfahren hatte, ohne Gesichtverlust möglich sein müsse. Insbesondere wollte man es wirtschaftlich stabilisieren, da dies als eine zentrale Grundlage für ein friedvolles Zusammenwirken betrachtet wurde. Es kam aber ganz anders als erhofft. Russland gilt heute in der öffentlichen Meinung als Unruhestifter, der völkerrechtswidrig die Krim annektiert hat, im Donbass verdeckte Kriegsführung gegen die Ukraine betreibt und jederzeit auch das Baltikum zurückerobern könnte. Und sein Präsident Wladimir Putin gilt als ein Machtpolitiker, der den Untergang der Sowjetunion bedauert und Russland seine alte Weltmachtstellung zurückgeben möchte.

Willy Wimmer, ehemals Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung und später Vizepräsident der Parla-

mentarischen Versammlung der OSZE, entwickelt in seinen nun vorgelegten politischen Erinnerungen¹ eine andere Sicht der Dinge. Er versteht die Politik Putins als Reaktion auf die Politik des Westens, insbesondere der USA, in der spätestens seit 1991 jene politischen Kräfte die Oberhand gewonnen hätten, die kein Interesse daran haben, dass zwischen der EU – genau betrachtet vor allem Deutschland – und Russland zu enge wirtschaftliche Beziehungen entstehen können, und die deshalb dafür gesorgt hätten, dass ein neues Feindbild Russland geschaffen wurde. Wimmer nennt sein Buch aus diesem Grunde ›Die Akte Moskau‹. Denn egal was Russland macht, es werde immer negativ ausgelegt und in einer imaginären »Akte Moskau« abgelegt, und jeder, der ein differenzierteres Bild der Sachlage zeichnen wolle, werde in den sogenannten Leitmedien und in der Politik ausgegrenzt. Willy Wimmer gilt denn auch innerhalb seiner Partei, der CDU, mittlerweile als Störenfried.²

Schon gegen Ende seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter (1976-2009) ließ die Parteiführung ihn wegen seiner Auffassung zum Kosovokrieg nicht mehr im Plenum reden. Dabei empfindet der überzeugte Katholik, wie er an verschiedenen Stellen betont, seine Position als in vollkommenem Einklang mit der des Heiligen Stuhls. Dass innerhalb der Christlich-Demokratischen Union sowohl die Meinung des Papstes keine Bedeutung mehr hat als auch ein breites Spektrum der Bevölkerung kein Gehör mehr

die Drei 10/2016

findet, ist für ihn ein Zeichen der Degeneration seiner Partei, die sich in den letzten 25 Jahren vollzogen habe. Da das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Leitmedien derzeit stark abnimmt, bedient sich Wimmer immer mehr alternativer Medien, namentlich des YouTube-Kanals von Ken Jebsen³ und des russischen Auslandssenders RT Deutsch⁴. Für Menschen, die nicht bereit sind, in Positionen verstehend einzutauchen, die sie nicht selbst vertreten, ist er damit als »russlandfreundlicher Verschwörungstheoretiker« abgestempelt. Dabei sind seine politischen Erinnerungen durchaus ein wichtiges Dokument der Zeitgeschichte, denn sie geben, da Wimmer zwischen 1988 und 1992 unmittelbaren Kontakt zu maßgeblichen Entscheidungsträgern der Weltpolitik hatte, einen interessanten Einblick in die Hintergründe, Konflikte und Motivationen der Regierung Kohl während der Wiedervereinigung. Sie beleuchten zudem auch einige merkwürdige Pirouetten der amerikanischen Politik gegenüber der damaligen Bundesregierung.

Die geplante Wiedervereinigung

Bis 1989 wurde in der westlichen Öffentlichkeit ein Bild der Sowjetunion gezeichnet, das den Eindruck erweckte, als ob dieser Staat bereit sei, jede Schwäche des Westens sofort zu einer militärischen Intervention auszunutzen, um Westeuropa unter seine Vorherrschaft zu bringen. Damit wurde eine massive atomare Aufrüstung gerechtfertigt. Wie verwundert musste Wimmer sein, als ihm im Frühsommer 1988 bei einem Besuch der »Arbeitsgruppe Verteidigung« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im CIA-Hauptquartier in Langley eröffnet wurde, dass die Sowjetunion seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in ihrer Rüstungspolitik rein defensive Absichten verfolgt habe: »Die bisherige Strategie des Warschauer Paktes sei letztlich nur die Reaktion auf die Angriffe von Napoleon und Hitler, mit Aggression habe das alles gar nichts zu tun.«⁵ Dennoch wurde die alle zwei Jahre stattfindende NATO-Übung Wintex/Cimex im Frühjahr 1989 noch unter der Annahme durchgeführt, dass der Warschauer Pakt

mit konventionellen Truppen Westeuropa überrennen würde und deshalb mit einem atomaren Erstschlag von Seiten des Westens reagiert werden müsse. Wimmer, der bei dieser Übung die Funktion eines »übenden Verteidigungsministers« innehatte, sollte einem Plan des NATO-Hauptquartiers zustimmen, bei dem Potsdam und Dresden als Ziele des nuklearen Verteidigungsschlages angegeben wurden. Da er kein Verständnis dafür aufbringen konnte, dass deutsche Offiziere bedenkenlos deutsche Städte als atomare Ziele empfehlen, verweigerte er die Zustimmung und informierte Bundeskanzler Kohl darüber. Dieser lies daraufhin diesen Teil der Übung abbrechen.⁶ Bei den Amerikanern schien dieses Verhalten nicht auf Verärgerung zu stoßen.⁷ Im Gegenteil: Wimmers Charakterstärke empfahl ihn vielmehr für diffizile Aufgaben bei der anstehenden Wiedervereinigung Deutschlands.

Diese Wiedervereinigung kam längst nicht so überraschend, wie es in der öffentlichen Darstellung den Anschein hatte. Führende russische Politiker wussten sehr wohl, dass die Staaten des Warschauer Paktes mit der von Michael Gorbatschow 1986 eingeleiteten Perestroika nach mehr Eigenständigkeit streben würden und damit auch die DDR als ein von Moskau abhängiger Satellitenstaat nicht mehr zu halten war.⁸ Zugleich war die Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den USA schon 1988 wesentlich enger, als dies nach außen hin vermittelt wurde. Wimmer erfuhr nach seinem Treffen im CIA-Hauptquartier bei einem anschließenden Besuch im Weißen Haus, dass die US-Amerikaner gemeinsam mit den Sowjets an einer neuen, zeitgemäßen sowjetischen Verfassung arbeiteten, die dem internationalen Niveau entsprechende bürgerliche Rechte, einschließlich Rede- und Glaubensfreiheit, enthalten sollte.⁹ Die Weltmächte planten somit längst für die Zeit nach dem kalten Krieg. Eine baldige Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stand somit auf der Tagesordnung, noch bevor deren Führungspersonal davon etwas wusste. Die Frage war eigentlich nur, wie diese umgesetzt werden konnte. Dass die DDR-Führung davon nichts wissen wollte, war von vornherein



Willy Wimmer (rechts) mit Ronald Reagan

klar. Doch war ebenso klar, dass diese Führung durch eine immer unzufriedenere Bevölkerung derart unter Druck gesetzt werden konnte, dass sie ohne den Rückhalt der sowjetischen Regierung¹⁰ nicht länger standhalten würde.

Es war allerdings nicht auszuschließen, dass sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR die Kräfte durchsetzen würden, die auf eine langsame Anpassung der DDR-Wirtschaft und damit auf das Konzept zweier eng zusammenarbeitender deutscher Staaten setzten. Wimmer und Kohl wollten davon, im Gegensatz zu einem Kreis um den damaligen Generalsekretär Heiner Geißler, nichts wissen.¹¹ Aber auch Lothar de Maizière, der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR, und sein Minister für Abrüstung und Verteidigung Rainer Eppelmann hatten es mit der Wiedervereinigung nicht eilig. Sie vertraten mit vielen DDR-Bürgern die Auffassung, dass allein ihrem Engagement die innerdeutsche Entwicklung zuzuschreiben sei. Sie konnten auch nicht ahnen, dass schon im Juni 1989, also mehrere Monate vor den Montagsdemonstrationen, Absprachen zur Zukunft Deutschlands zwischen Kohl und Gorbatschow stattgefunden hatten.¹² Sowohl die USA als auch die Sowjetunion setzten somit für das anstehende Projekt Wiedervereinigung

auf die Regierung Kohl. Die Sowjetunion konnte auf einen fairen Verhandlungspartner vertrauen, während die USA offenbar darauf spekulierte, dass die moralische Integrität der Regierung Kohl bei den Verhandlungen mit den Sowjets die Tür für eine neue Entwicklung im Osten weit aufstoßen würde.

Bausteine für ein friedliches Europa

Von einer »moralischen Integrität« der Regierung Kohl zu sprechen, wird vermutlich bei manchem Beobachtern Stirnrunzeln hervorrufen. Kohl war ein Machttaktiker, der es – wie die Schwarzgeldaffäre zeigte – auch mit der Gesetzestreue nicht sehr genau nahm, wenn es seinen Zielen diente. Dennoch repräsentierte seine Regierung Werte, auf die die amerikanischen Strategen in dieser Phase setzen konnten. Ein zentraler Wert war es, ein friedliches und einvernehmlich zusammenarbeitendes Europa zu schaffen,¹³ welches auf Basis der Idee der sozialen Marktwirtschaft eine dem westlichen Kapitalismus moralisch überlegene Wirtschaftsform entwickeln sollte. Michel Albert, der Erfinder des Terminus »Rheinischer Kapitalismus« und ein Bewunderer der Kohlschen Politik, hat diese Idee in seinem 1991 erschienen Buch »Kapitalismus contra Kapitalismus« dargelegt. Im Hintergrund dieser Idee steht ein katholisches Weltbild, dem sich auch Wimmer ganz verbunden fühlt. Seine Begegnung mit dem Papst Johannes Paul II, die er am Ende seines Buches schildert, erscheint daher als ein persönlicher Höhepunkt seines Bestrebens, für einen Ausgleich zwischen West und Ost zu wirken. Die Möglichkeit, an der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands und damit verbunden an dem »gemeinsamen Haus Europa« mitwirken zu können, war dementsprechend die große Chance seines Lebens.

Seine konkrete Aufgabe, zwei bis dahin sich feindlich gegenüberstehende Armeen zusammenzuführen (NVA und Bundeswehr) und für einen gesichtswahrenden Abzug der sowjetischen Armee aus Ostdeutschland zu sorgen, konnte er mit Bravuro lösen, weil er immer auf die konkreten menschlichen Verhältnisse und

niemals auf Ideologien setzte. Dabei lernte er höchste Vertreter des amerikanischen und sowjetischen Militärs wie den ehemaligen Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte Sergej F. Achromejev und den Generalstabschef im Pentagon Admiral Willam J. Crowe von ihrer menschlichen Seite kennen und schätzen. Er weiß daher aus Erfahrung, dass es zunächst Ideologien sind, die Systeme begründen, in die dann aber Menschen hineingestellt werden. Diese Systeme machen auch solche Menschen zu Feinden, die persönlich gar keine bösen Absichten gegeneinander hegen.

Strategische Neuausrichtung der USA

Die Zeiten einer engen und vertrauensvollen Abstimmung zwischen Washington und Bonn sollten allerdings nur von kurzer Dauer sein. Wimmer berichtet, wie schon während der Wiener Abrüstungskonferenz von 1991 ein amerikanischer Diplomat ihm erklärte, dass die USA jetzt ihre eigenen Wege gehen würden. Bereits 1989 hatte die USA angekündigt, dass ihre Stardiplomaten Paul Nitze und Fred Ikle in verschiedenen Studienkomplexen der Frage nachgehen würden, wie sich die Welt nach dem Kalten Krieg entwickeln werde, um auf dieser Grundlage angemessene Strategien entwickeln zu können. Dem deutschen Partner gewährte man allerdings nur in zwei der vermutlich mehr als zehn Studienkomplexe Einsicht, was Wimmer nicht gerade als Vertrauensbeweis wertete.¹⁴ Allerdings hätte ihm auch der nie aufgeklärte Mord an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen zwei Wochen nach dem Mauerfall zu denken geben können. Helmut Kohl wurde damit nicht nur einer seiner kompetentesten Gesprächspartner zu den anstehenden Wirtschaftsfragen genommen, sondern Herrhausen selbst arbeitete an Ideen zur wirtschaftlichen Entwicklung Osteuropas, welche er mit dem Potenzial der damals sehr gut aufgestellten Deutschen Bank auch hätte umsetzen können. Doch genau eine solche Entwicklung war nicht im Interesse der nun einzigen Weltmacht USA, wie Wimmer in seiner langjährigen politischen Praxis konkret erfahren musste.

Natürlich erwähnt er auch die Äußerung des STRATFOR-Chefs George Friedman aus dem Jahr 2015, »dass es seit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 Ziel der amerikanischen Politik gewesen sei, eine gedeihliche und gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland nachhaltig zu hintertreiben«¹⁵. Nach 1989 drohte sich ein von Deutschland und Frankreich dominiertes Europa zu entwickeln, welches eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa, insbesondere mit Russland, anstrebte und dadurch zu einem ernst zu nehmenden Nebenbuhler heranzuwachsen drohte. Der amerikanische Geostratege Zbigniew Brzezinski legte in seinem 1997 erschienen Buch ›The Grand Chessboard. American Primary and Its Geostrategic Imperatives‹ dar, dass die USA das Aufkommen einer auf dem eurasischen Kontinent dominierenden Macht verhindern müssten, wenn sie ihre Vorrangstellung behalten wollen. Er stützte sich dabei auf die von dem britischen Geografen Halford Mackinder entwickelte Herzlandtheorie, die dieser in dem berühmten Ausspruch zusammenfasste: »Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland. Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel. Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt.«¹⁶ Wimmer berichtet, wie Ende 1992 Frank Elbe, damals ein enger Vertraute von Hans Dietrich-Genscher, in einer großen deutschen Tageszeitung Überlegungen ausführte, die er als »politisches Vermächtnis« des scheidenden Außenministers betrachtete. Die künftigen Beziehungen zwischen Washington und Brüssel sollten vom »Prinzip der gleichen Augenhöhe« bestimmt werden. Damit wäre die gemeinsame transatlantische Politik auf eine andere wirtschafts- und sicherheitspolitische Grundlage gestellt worden. Wie wenig dieses erwünscht war, zeigte sich daran, dass Elbe noch am gleichen Abend von dem neuen Außenminister Klaus Kinkel aus seiner Beraterfunktion entlassen wurde.¹⁷ Am 15. März 1991 war der Zwei-plus-Vier-Vertrag bzw. der ›Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland‹ in Kraft getreten, der am 12. September 1990 – also kurz vor der staatlichen Wiedervereinigung am

3. Oktober 1990 – in Moskau ratifiziert worden war. Dieser Vertrag, der als Meisterstück der Diplomatie angesehen wird, führte zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und, wie es in Artikel 7.2 heißt, zur Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands über seine inneren und äußeren Angelegenheiten. Die heikelste Frage bei der Verhandlung dieses Vertrages war, wie Russland seine Truppen aus Ostdeutschland abziehen konnte, ohne dabei, wenn Deutschland weiterhin in der NATO verblieb, als Verlierer dazustehen. Laut Wimmer wurde dies nur möglich, weil es – zumindest bei deutschen Politikern – allgemeiner Konsens war, dass die NATO sich in Zukunft nicht nach Osten erweitern dürfe. Außenminister Genscher und viele SPD-Politiker gingen sogar zeitweilig davon aus, dass ein wiedervereinigtes Deutschland nur möglich sei, wenn es auf eine Mitgliedschaft in der NATO verzichtete.

Wimmer hingegen sah die NATO-Mitgliedschaft als notwendig an, wollte aber vertraglich ausschließen lassen, dass auf dem ehemaligen Territorium der DDR NATO-Truppen stationiert werden dürfen. Die Sowjetunion akzeptierte schließlich die Einbindung des wiedervereinigten Deutschlands in die NATO, weil deutlich gemacht werden konnte, dass dies auch in ihrem eigenen Interesse sei.¹⁸ Auf der anderen Seite sollte der Sowjetunion klar vermittelt werden, dass der Westen keine Vorteile aus der Entwicklung ziehen werde, vor allem aber, dass keine Ostausdehnung der NATO stattfindet. Wimmer betont, dass diese Verhandlungsposition der Bundesregierung maßgeblich von seinem Mitarbeiter Walter Breil und ihm im Verteidigungsministerium erarbeitet worden sei. Sie stand damals im Einklang mit der allgemeinen politischen Linie, hatte doch Präsident George H. W. Bush im Mai 1989 deutlich gemacht, dass »die Sowjets wissen sollten, dass unser Ziel nicht darin besteht, ihre legitimen Sicherheitsinteressen zu untergraben«.¹⁹ Unmittelbar nach Inkrafttreten des Vertrages traten Entwicklungen ein, die diese Position zur Farce werden ließen. Im Osten wurde Michail Gorbatschow im August 1991 nach einem gescheiterten Putsch faktisch durch Boris Jelzin

entmachtet, was zum Zerfall der Sowjetunion führte. Schon am 21. September 1990, also kurz nach der Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages in Moskau, hatte George H. W. Bush im Zusammenhang mit dem 1. Irakkrieg von einer »neuen Weltordnung« gesprochen. Im März 1992 wurde dann Gerhard Stoltenberg von Volker Rühle als Verteidigungsminister abgelöst. Auch Willy Wimmer musste sein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär abgeben. Von nun an wehte ein anderer Wind: »Washington suchte die Vormacht der NATO durch eine Erweiterung in östlicher Richtung bis an die russische Grenze zu erringen.«²⁰ Der »Atlantiker« Rühle setzte als neuer Verteidigungsminister die amerikanischen Vorstellungen gehorsam um. Osteuropa wurde einer neoliberalen Schocktherapie unterzogen und gelangte immer mehr unter amerikanischen Einfluss. Parallel dazu bauten die Europäer weiterhin an einer eigenständigen europäischen Friedensordnung auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Von amerikanischer Seite wurde Wimmer zu verstehen gegeben, dass man auch diese als eine Form des Kommunismus betrachte.²¹

Europäische Friedensordnung

Ungeachtet dessen versuchten die Europäer, weitere Grundlagen für ein friedliches Europa zu schaffen. Schon im November 1990 wurde in Paris die »Charta für ein neues Europa« von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten unterschrieben, deren erklärtes gemeinsames Ziel »eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung« war, die sich »von Vancouver bis Wladiwostok« erstrecken sollte.²² Die Schaffung der Europäischen Union durch die Maastrichter Verträge von 1992 mit der darin beschlossenen Europäischen Währungsunion wurde gerade von katholischer Seite immer als ein zentrales Element einer europäischen Friedensordnung betrachtet. Allerdings flossen in dieses Projekt so viele Impulse und politische Ziele aus unterschiedlichen Geistesströmungen ein, dass das Ergebnis niemand wirklich befriedigte. Dennoch glaubt Wimmer, dass mit dem britischen Referendum vom 23.

Juni 2016, bei dem die Wähler einen Verbleib Großbritanniens in der EU abgelehnt haben, ein »vielleicht entscheidender Schlag gegen die europäische Friedensordnung«²³ gelungen ist. Großbritannien sei damit zu seiner Rolle zurückgekehrt, »die seit dem Wiener Kongress 1813/14 davon bestimmt war, gegen den Friedenswillen kontinentaleuropäischer Staaten seine Interessen auf dem Kontinent unter Einschluss von Kriegen durchzusetzen«.²⁴

Wimmer neigt aus seiner konkreten Erfahrung mit der englischen und amerikanischen Politik zu einseitigen Urteilen. Zwar ist die Beobachtung richtig, dass deren Politik in der Vergangenheit immer wieder bewusst Bedingungen geschaffen hat, die zu Kriegen führten, die den englischen oder amerikanischen Interessen dienen sollten. Doch von »Friedenswillen der kontinentaleuropäischen Staaten« zu sprechen, ist mit dem Blick auf die europäische Geschichte schon ein wenig naiv. Von einem französischen oder russischen Friedenswillen kann in der Zeit vor dem I. Weltkrieg sicherlich nicht gesprochen werden, ebenso wenig von einem deutschen. Denn der nationale Wirtschaftsimperalismus, den Deutschland damals entwickelte, schuf letztes Endes die Gründe dafür, dass die Völker Europas langfristig aneinandergerieten. Einher damit ging das Verschlafen seiner geistigen Aufgabe, die das Erstarken rechtsnationaler Kräfte ermöglichte.

Sicherlich meint Wimmer, dass erst nach dem II. Weltkrieg ernsthaft versucht wurde, die europäischen Völker so zu vereinigen, dass sie nicht wieder gegeneinander in den Krieg ziehen können – auch wenn bei der Bildung der europäischen Gemeinschaftsinstitutionen nicht alles optimal gelaufen ist. Mit dem Austritt Englands werde, so Wimmer, der Grundkonsens aufgekündigt, dass es bei diesem Projekt um die Befriedung der Völker geht. Er sollte dann jedoch besser von einer »Friedensvorstellung der kontinentaleuropäischen Völker« sprechen. Die Frage wäre, warum diese Vorstellung nicht den Willen wirklich befeuern konnte, sondern in gewissem Sinne Illusion geblieben ist?

Es ist ein Grundproblem der Europäer, dass sie alle Probleme auf der politischen Ebene lösen

wollen. Es handelt sich hier jedoch um primär geistige Probleme, die auch geistig gelöst werden müssen. Indem man die Nationen lediglich durch politische Institutionen verbindet, entschärft man nicht wirklich die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze. Die Konflikte treten dann lediglich auf einer höheren Ebene wieder auf, nur dass die Ursachen dann noch weniger durchschaut werden können.

Ein Keil zwischen Deutschland und Russland

Hätten die USA die Europäer gewähren lassen, so wäre ein wirtschaftlich mächtiger politischer Block entstanden, der sich bis an den Ural und darüber hinaus ausgedehnt hätte. Die USA mussten daher befürchten, dass sie diesem – sehr wahrscheinlich bald wieder von Deutschland dominierten Block – auf Dauer nicht das Wasser hätten reichen können. Deswegen haben sie alles unternommen, um die EU und Russland auseinanderzuhalten. Wimmer sieht das ganz klar. So hatte er im Mai 2000 selbst in Bratislava an einer vom amerikanischen Außenministerium vornehmlich für Regierungschefs sowie Außen- und Verteidigungsminister aus Ost- und Mitteleuropa organisierten Konferenz teilgenommen, in der von Seiten der USA deutlich gemacht wurde, dass »eine sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer quer über den Kontinent erstreckende Staatengruppe von seinen westeuropäischen Nachbarn im amerikanischen Interesse abgetrennt werden« solle.²⁵ Er sieht auch, dass der Ukrainekonflikt einzig dazu dient, Russland von Westeuropa zu trennen. Aber er fragt sich nicht, warum es den USA immer wieder gelingt, die unterschiedlichen Interessen der EU-Staaten so für sich auszunutzen, dass die Europäer zuletzt Dinge beschließen, die ihrem eigenen Interesse widersprechen – bis dahin, dass sich 1999 die EU-Staaten an dem seiner Auffassung nach von den USA inszenierten »völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien« beteiligt haben. Der oben schon erwähnte amerikanische Gestratege George Friedman gibt in einem jüngst erschienenen Interview einen relativ nüchternen Grund dafür an: Weil die EU als solches



Willy Wimmer (links) mit Wladimir Putin

für die USA überhaupt keine Realität ist! »Die Vereinigten Staaten können überhaupt kein Verbündeter der EU sein, weil die EU keine gemeinsame Außenpolitik und auch keine gemeinsame Verteidigungspolitik verfolgt. Nicht einmal eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Die USA haben dafür aber hervorragende Beziehungen zu einzelnen Staaten. [...] Wenn die Amerikaner nach Europa blicken, dann ist das für sie kein Land, sondern eine Landschaft. Und wenn es um Politik geht, sitzen unsere Ansprechpartner nicht in Brüssel, sondern in den einzelnen Mitgliedsstaaten.«²⁶ Und im gleichen Interview bekräftigt er noch einmal, worum es seiner Meinung nach der amerikanischen Politik in Europa geht: »Natürlich wollen die USA einen Keil zwischen Deutschland und Russland treiben. Es ist doch eine banale Erkenntnis, dass die Vereinigten Staaten ein Problem hätten, wenn deutsche Technologie und russische Rohstoffe zueinanderfänden.«²⁷

Wie wird Europa eine Realität?

Wenn Europa von den USA und England ernst genommen werden will, dann muss es auch dafür sorgen, dass es eine ernst zu nehmende Realität wird. Dazu müssen die Europäer aber

lernen, Geistesleben und Rechtsleben deutlich zu trennen. Denn das Geistesleben kann nur dann das Rechtsleben wirksam befruchten, wenn es sich nicht selbst als Sonderinteresse innerhalb der Institutionen des Rechtslebens machtmäßig geltend macht. Das aber passiert permanent in den EU-Institutionen. Würde in Europa ein Bewusstsein für die Bedeutung eines freien Geisteslebens erstarken und an dessen Verwirklichung ernsthaft gearbeitet, dann würde es zwar keine politische Großmacht, jedoch eine geistig-moralische Macht, an der weder die USA noch Russland vorbeigehen könnten. Die europäischen Staaten hätten es dann nicht nötig, sich immer mehr einheitlichen Rechtsnormen zu unterwerfen, die aber den konkreten Gegebenheiten vor Ort nicht angemessen sind und deshalb permanent unterlaufen werden, sondern das Recht könnte sich entsprechend dem Rechtsempfinden der Menschen, die in den verschiedenen Regionen leben, ausdifferenzieren.

Die Enttäuschung über die Politik der USA hat bewirkt, dass Willy Wimmer sich immer mehr nach Russland orientiert hat. Das ist insofern nachvollziehbar, als er dort Gesprächspartner gefunden hat, deren Friedenswille und Wille zur verbindlichen Zusammenarbeit ihm wesentlich ernsthafter erscheint als bei seinen ehemaligen Freunden aus den USA. Doch auch die russische Politik, insbesondere die von Wladimir Putin ist durch eine enge Verbindung von Geistesleben und Rechtsleben bestimmt. Putin hat im Deutschen Bundestag am 25. September 2001 in deutscher Sprache eine viel beachtete Rede gehalten, bei der er die Verbindung von deutschem und russischem Geistesleben betonte. Aber er hat es als Politiker getan. Er wollte diese geistige Verbindung nutzen, um eine vorteilhafte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erreichen. Bei allem Verständnis für die sicherheitspolitischen Interessen und Ängste, die in Russland durch das Vorrücken der NATO bis auf die Linien, auf denen einst die deutsche Wehrmacht stand, entstehen müssen, darf nicht übersehen werden, dass Putin ein autokratisches Regierungssystem geschaffen hat, das jeden geistigen Impuls un-

terdrücken wird, der seine Macht gefährden könnte. Doch auch in den USA sieht es nicht viel besser aus. Wenn selbst Jimmy Carter, der 39. Präsident der Vereinigten Staaten, im Hinblick auf eine Entscheidung des Supreme Court, welche unbegrenzte Spendengelder in der Politik als Ausdruck der freien Meinungsäußerung legitimierte, feststellt, dass sich die USA in eine »Oligarchie mit grenzenloser politischer Bestechlichkeit« verwandelt haben²⁸, dann zeigt dies nur zu deutlich, wie dieses Land durch geistige Sonderinteressen bestimmt wird, die das Rechtssystem okkupiert haben. Und auch der Katholizismus führt, wenn er politisch wirksam werden will, immer wieder zu einer falschen Verschmelzung von geistigen Impulsen und staatlichen Machtmitteln.

Rudolf Steiner versuchte zu zeigen, wie auf der Basis individueller Erkenntnisarbeit ein Geistesleben entwickelt werden kann, in dem realer Geist wirksam ist. Dieses Geistesleben zeichnet sich dadurch aus, dass es nicht auf das Rechtsleben übergreift, sondern darauf vertraut, dass die von ihm ausgehenden Gestaltungsimpulse auf Herzensbedürfnisse treffen, die ihrerseits bewirken, dass jene Entscheidungen, die in der Demokratie getroffen werden müssen, auch so ausfallen, dass sie lebensgemäß sind. Gelänge es, dass sich zumindest in einigen europäischen Staaten ein wirklich unabhängiges, freies Geistesleben entwickelt, so würde auch die Grundlage für eine ganz neue politische Gestaltung gelegt, die eine echte Vermittlung zwischen Ost und West ermöglicht.

1 Willy Wimmer: »Die Akte Moskau«, Höhr-Grenzhausen 2016.

2 Wimmer steht aber mit seiner Meinung innerhalb der CDU nicht allein, wie z.B. die Unterschriften prominenter CDU-Politiker unter dem – vom früheren Kanzlerberater Horst Teltschik initiierten – parteienübergreifenden Aufruf: »Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!« zeigen. Vgl. www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog. Er verhält sich nur nicht mehr diplomatisch.

3 Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=GQeb8Jb1Rk>

4 Vgl. <https://deutsch.rt.com/inland/39802-willy-wimmer-attackiert-bundesregierung/>

5 Wimmer: »Die Akte Moskau«, S.12 und S. 145.

6 A.a.O., S. 119.

7 A.a.O., S. 124.

8 Wimmer zitiert hierzu eine eigene Einschätzung aus einer Rede, die er im September 1989 in Mönchengladbach gehalten hatte. Darin erwähnt er Ankündigungen, die ihm gegenüber russische Politiker und Wissenschaftler schon 1987 bei politischen Gesprächen in Moskau gemacht hatten. Daraus, dass er 1989 erlebte, wie diese Ankündigungen umgesetzt wurden, schloss er, dass diese Entwicklung von sow-jetischer Seite langfristig angelegt war und Gorbatschow mit seiner Politik nicht allein dastand. Vgl. a.a.O. S. 147.

9 A.a.O., S. 145.

10 A.a.O., S. 132. Auf S. 153 fragt Wimmer sogar, ob die Entwicklung nicht von zivilen und militärischen Nachrichtendiensten gesteuert worden sein könnte.

11 A.a.O., S. 133 und S. 169.

12 A.a.O., S. 191.

13 A.a.O., S. 208.

14 A.a.O., S. 13.

15 A.a.O., S. 31.

16 Zbigniew Brzezinski: »Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft«, Frankfurt a.M. 1999, S. 63.

17 Wimmer: »Die Akte Moskau«, S. 161. Elbe hat im Juni 2015 in einem Interview Ansichten zum gegenwärtigen Ost-West-Konflikt vorgetragen, die denen Wimmers sehr ähnlich sind: www.derwesten.de/ikz/ikz-start/botschafter-a-d-frank-elbe-die-amerikaner-lieben-europa-nicht-id10830599.html

18 A.a.O., S. 158

19 Zitiert nach Horst Teltschik: »Für eine Europäische Friedensordnung«, Vortrag vom 9. Mai 2016, <http://das-blaetchen.de/2016/05/fuer-eine-europaeische-friedensordnung-36038.html>

20 Wimmer: »Die Akte Moskau«, S. 85.

21 A.a.O., S. 48.

22 Diese etwas übergreifige, eurozentrische Formulierung stammt von Horst Teltschik (vgl. Fn 15).

23 Wimmer: »Die Akte Moskau«, S. 18.

24 A.a.O., S. 19.

25 A.a.O., S. 126f.

26 George Friedman: »Ich würde Europa den Rücken kehren«, in: CICERO 9/2016, S. 73f.

27 A.a.O. S. 76.

28 www.viviano.de/jimmy-carter-die-usa-sind-eine-oligarchie-mit-grenzenloser-politischer-bestechlichkeit_a61762.html